[illegible] eigenen Reihen, zu bekämpfen und zu beseitigen. Objektiv und diese opportunistischen Fehler begründet in der Schnelligkeit und Kürze der Zeit in der auf Grund der Beschlüsse des 1. RGO-Kongresses und des 6. Weltkongresses diese scharfe Wendung und diese neue Taktik durchgeführt wurde.

Subjektiv werden diese Fehler begangen, indem ein Teil unserer Genossen allzu oft der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie Konzessionen macht in der falschen Auffassung, daß die Bürokratie noch bereit wäre, Lohn- und Wirtschaftskämpfe zu führen. Diese Illusionen, die zum Teil noch vorhanden sind, gilt es rücksichtslos zu bekämpfen. Die Entwicklung der Sozialdemokratie und der Reformismus zum offenen Sozialfaschismus, zu offenen Streikbrechertaten, wie z. B. im Hennigsdorfer Kampf und neuerdings bei den Rohrlegern und bei dem Berna-Streik, ist der beste Beweis für die Richtigkeit unserer Feststellungen.

So wurde z. B. bei Bergmann Rosenthal durch die reformistische Gewerkschaftsbürokratie der oppositionelle Betriebsrat bei Verhandlungen mit der Direktion ausgeschaltet. In der NAG. lehnten revolutionäre Betriebsräte die Wahl von Kampfleitungen ab. Bei Loewe, Huttenstraße, wurden die Anhänger der Differenzen mit der Direktion vom Betriebsrat vertröstet, daß der DMV. nochmals Verhandlungen mit der Firma führt, anstatt, daß der Betriebsrat den Kampf gegen den Unternehmer organisierte. Bei den Märkischen Sandsteinwerken in Niederlehme, wo der Betriebsrat in seiner Mehrheit aus Genossen und Sympathisierenden besteht, kapitulierte der Betriebsratsvorsitzende vor den Drohungen des Vertreters des Fabrikarbeiterverbandes und ließ trotz einer guten Stimmung für die Opposition dessen Vertreter in der Versammlung nicht sprechen. Solche typischen opportunistischen Fehler revolutionärer Betriebsräte bedeuten eine feige Kapitulation vor dem Unternehmertum und den Sozialfaschisten und sind geeignet, das Vertrauen der Arbeiter zur Opposition auf das schwerste zu erschüttern.

Die revolutionären Betriebsräte können ihre Pflicht nur dann erfüllen, wenn sie zu jeder Zeit im engsten Kontakt mit der Masse der Belegschaft stehen. Deshalb ist es ihre besondere Aufgabe, im Gegensatz zu den reformistischen Betriebsräten, die das Mitbestimmungsrecht der Belegschaft im Betriebe auszuschalten versuchen, über jede wichtige Frage eine Entscheidung der Belegschaft herbeizuführen. In jenen Betrieben, wo die Reformisten noch über die Mehrheit im Betriebsrat verfügen, ist es die Aufgabe der oppositionellen Betriebsratsmitglieder und Funktionäre, trotz aller Sabotageversuche der Reformisten die Abteilungen und Belegschaften der Betriebe zu mobilisieren, Unterschriften zur Einberufung von Betriebsversammlungen zwecks Druckes auf den reformistischen Betriebsrat zu sammeln. Außerdem gilt es, eigene Versammlungen durchzuführen, keine Gelegenheit vorübergehen zu lassen, die reformistischen Betriebsräte vor der Arbeiterschaft als Unternehmerlakaien zu brandmarken.

Die Betriebsräte sind zum Unterschied von den Kampfleitungen ständige Organe. Sie sind jedoch kein Ersatz für die Gewerkschaften, können aber auch von diesen nicht ersetzt werden, solange die Gewerkschaften nicht nach dem Industrieprinzip aufgebaut sind. Auch für die revolutionären Betriebsräte gilt die Feststellung des X. Plenums des EKKI., daß die größte Gefahr in der gegenwärtigen Periode darin besteht, daß die kommunistischen Parteien hinter dem Tempo der Entwicklung der revolutionären Bewegung der Massenbewegung zurückbleiben könnten. Unsere Betriebszellen müssen deshalb in Verbindung mit der Gesamtpartei den Kampf gegen solche Tendenzen des Nachhinkens der Betriebsräte, die eine Widerspiegelung sozialdemokratischer Ueberreste sind, aufnehmen und entschlossen führen.

Besonders in Deutschland mit seiner hochentwickelten Industrie, wo die kapitalistische Rationalisierung, gestützt auf die große Erwerbslosenarmee rücksichtslos durchgeführt wird, muß es die Aufgabe für die Betriebsräte sein, durch rücksichtslosen Kampf gegen Unternehmertum und Sozialfaschismus den neuen revolutionären Aufschwung zu unterstützen. Diese Kämpfe, die nur gegen die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie geführt werden können, werden zunächst betriebsweise, branchenweise, immer mehr einen politischen Charakter tragen und unter Führung der kommunistischen Partei und der revolutionären Betriebsräte stehen müssen. Bei diesen kommenden Kämpfen wird sich folgendes zeigen: Von kleinen Teilkämpfen zu größeren Kämpfen mit starkem Massencharakter, immer häufigeres Uebergehen der Arbeiter zur Gegenoffensive. Immer stärker werdende Aktivität der unorganisierten Massen. Kampf und Durchbrechung des gewerkschaftlichen Legalismus, stärkere Politisierung und Revolutionierung der Streikkämpfe.

Die Erfüllung dieser Aufgaben wird die Arbeiterschaft zum Siege über die Bourgeoisie und ihre sozialfaschistischen Lakaien führen.

Spitzelsystem gegen Erwerbslose

SPD. im Sozialpolitischen Ausschuß in Einheitsfront mit Deutschnationalen für die Verschlechterungen

In der gestrigen Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstags wurden mit Hilfe der Sozialdemokratie weitere erhebliche Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung angenommen. Alle Streichungsanträge der Kommunisten, die sich gegen die reaktionären Bestimmungen der Regierungsvorlage richteten, wurden in einer Einheitsfront bürgerlicher Parteien und SPD. niedergestimmt.

In der dem Sozialpolitischen Ausschuß vorgelegten Regierungsvorlage der Ziffer 46 Absatz B, wird bestimmt, daß zum Paragraphen 171 des alten Gesetzes eine neue Bestimmung aufgenommen wird, die lautet:

„Die Beauftragten des Arbeitsamtes sind berechtigt, die Wohnung einer Person, die Arbeitslosenunterstützung bezieht oder beantragt hat, zu betreten, wenn das Arbeitsamt dies zur Feststellung, ob die Voraussetzungen der Unterstützung vorliegen, für erforderlich hält."

Die kommunistische Fraktion beantragte selbstverständlich, die Ziffer 46 der Regierungsvorlage zu streichen, da durch diese Bestimmung, neben der täglichen Meldepflicht, die Erwerbslosen **völlig der Willkür der Bürokratie der Arbeitsämter ausgeliefert werden. Außerdem besteht nach der Fassung dieser Bestimmung jederzeit die Möglichkeit, den Erwerbslosen die Unterstützung vorzuenthalten. Alle Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie, stimmten den Streichungsantrag nieder.**

Ein widerlich demagogisches Manöver erlaubte sich die Sozialdemokratie bei der Beratung der Ziffer 47 der Regierungsvorlage, die bestimmt, daß dem § 173, Absatz 1, der Arbeitslosenversicherung ein weiterer Satz angefügt wird, wonach der Erwerbslose, über den eine Sperrfrist verhängt wurde, zur Meldung auf den Stempelstellen verpflichtet ist, andernfalls ihm die Tage auf die Sperrfrist nicht angerechnet werden. Unter dem Druck der Kommunisten bequemte sich die SPD., ebenfalls einen Streichungsantrag zu dieser Schandbestimmung zu stellen. Der Vertreter der kommunistischen Fraktion gestellte dieses Manöver der Sozialdemokratie, die bei der Beratung über die Verlängerung der Sperrfristen zu dem entscheidenden Absatz einen Aenderungsantrag stellte, gegen den Antrag der Kommunisten aber — diese Schandbestimmung der Regierungsvorlage zu streichen — stimmte. **Bei der Endabstimmung über die Regierungsvorlage wurde das offenbar, die SPD.-Fraktion fiel auseinander und hatte somit die Annahme dieser Schandparagraphen ermöglicht.** Nicht weniger charakteristisch für die Unterstützung der Sozialreaktion war die Stellungnahme zum Streichungsantrag der Kommunisten, der sich auf Ziffer 47 bezieht, zu der die Kommunisten beantragt hatten, die Melde- und Einstellungspflicht im Gesetz zu verankern. Auch dieser Antrag wurde von der SPD. gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Das Spruchverfahren in bezug auf die Einspruchsfrist der Erwerbslosen gegen Entscheidung der Spruchausschüsse wurde gleichfalls verschlechtert. Zu § 180, Absatz 1, soll nach Ziffer 50 folgende Formulierung aufgenommen werden:

„Hat der Spruchausschuß die Entscheidung des Vorsitzenden einstimmig bestätigt, so ist die Entscheidung endgültig. Hat der Spruchausschuß sie abgeändert, so ist gegen seine Entscheidung Berufung des Arbeitslosen oder des Vorsitzenden oder jedes Beisitzers im Spruchausschuß an die Spruchkammer zulässig."

Unnötig zu sagen, daß auch hier selbstverständlich Sozialdemokraten

in trauter Einheitsfront mit den Deutschnationalen den kommunistischen Streichungsantrag niederstimmten.

Bei allen weiteren Abstimmungen über die Regierungsvorlage half die SPD. den Bürgerlichen weitere reaktionäre Verschlechterungen durchzupeitschen. Lediglich gegen den § 259, der Strafbestimmungen für die Arbeitgeber vorsieht, dem auch die **kommunistischen Vertreter zustimmten,** wandten sich die Deutschnationalen.

Blutige Polizeiattacken in Mörs

Annähernd 40 Arbeiter schwer verletzt

Am Sonnabend und Sonntag veranstaltete der Unterbezirk Duisburg der KPD. einen Antikriegsaufmarsch im linksrheinischen Gebiet, in Mörs. Am Sonntag marschierten in der Demonstration auch zahlreiche Mitglieder der „Ruhrwacht" und 40 bis 50 RFB.-Kameraden in voller Uniform. Polizei versuchte vergeblich, die Demonstranten aufzuhalten. Ein provozierender Kriminalbeamter wurde in der Abwehr von Arbeitern blutig geschlagen und ihm sein Mordeisen, das er einem Arbeiter schon auf die Brust gesetzt hatte, abgenommen. Er flüchtete, laut um Hilfe rufend, in ein Auto. Die Polizei wurde verstärkt, aber die Arbeiter durchbrachen den Kordon. Einem provozierenden Oberinspektor mußten einige Schläge versetzt werden. Inzwischen hatte die Polizei Verstärkung erhalten. Die Arbeiter durchbrachen eine 150 Mann starke Schupokette nochmals und demonstrierten zwei Stunden ungehindert in Mörs. Kurz vor der Auflösung des Zuges erschien ein noch größeres Polizeiaufgebot. Der Polizeikommandant erklärte die weitere Demonstration und die Abendveranstaltung für verboten. Schließlich wurde vereinbart, daß die Gruppen einzeln abmarschieren durften. Kaum befand sich der Zug in Auflösung, als die Polizeibestien mit Karabinern, Säbeln und Gummiknüppeln auf die wehrlosen Arbeiter einstürmten und wahllos Frauen und Kinder niederschlugen. Selbst sozialdemokratische Arbeiter wurden geschlagen. Sie waren empört über die Polizeibrutalitäten. 30 bis 50 Arbeiter blieben schwerverletzt auf der Strecke.

Die demonstrierende Arbeiterschaft wird es trotz aller Provokationen der Polizei verstehen, sich die Sympathie der Mehrheit aller Arbeiter zu erobern.

Hochverratsprozeß zum Schutz der Reichsbanner-Rollkommandos

Reichsbanner geschützt und ...

Dresden, 27. August. (Eig. Drahtbericht.) Gegen den verantwortlichen Schriftleiter der kommunistischen Dresdener „Arbeiterstimme" ist von der Staatsanwaltschaft Anklage wegen Hochverrats erhoben worden. Dieser „Hochverrat" wird darin erblickt, daß in einem Artikel über den Ueberfall eines Rollkommandos des Reichsbanners auf Arbeiter in Berlin am 6. August ausgesprochen wurde, es habe sich bei diesem Ueberfall der Reichsbannerrowdys um eine regelrechte Norddemonstration gehandelt. Weiter wird der Hochverrat darin erblickt, daß in diesem Artikel auf Grund dieser Ueberfälle die Aufforderung gestanden habe, der faschistischen Diktatur der sozialfaschistischen Mörderorganisationen die Diktatur des Proletariats entgegenzustellen.

... RFB. verfolgt!

Eßlingen, 27. August. (Eig. Drahtbericht.) Am Dienstag früh wurde der frühere Gauführer des Roten Frontkämpfer-Bundes, Genosse Mühlner, in seiner Wohnung ohne jede Angabe von Gründen verhaftet und durch Kriminalpolizei nach Stuttgart überführt.

★

Wir fragen euch, Reichsbannerarbeiter: Ist es eure Sache, die der Staatsanwalt der bürgerlichen Republik verteidigt? Oder aber ist das eure Sache, für die kommunistischen Redakteure und Roten Frontkämpfer auf Jahre in Gefängnisse und Zuchthäuser geworfen werden, während ihr von den Unternehmern ausgebeutet, von „eurer" Regierung, wie jetzt eben erst wieder durch die weitere Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung, immer tiefer geknechtet werdet?

Diese neuen Justizaktionen, die nichts weiter sind, als die ersten Anzeichen einer neuen Terrorwelle der Klassenjustiz, zeigen dem Proletariat erneut die ernste und dringliche Aufgabe der Stunde: Verstärkter Ausbau der Arbeiterschutzwehr in den Betrieben.

Kirdorf, der Kapitalist und Hitler

Ein unzertrennliches Freundschaftsbündnis

Vor einiger Zeit wurde die aufsehenerregende Mitteilung gemacht, daß Hugenberg und Kirdorf an Hitler das Ersuchen gerichtet hätten, dafür Sorge zu tragen, daß alle noch bestehenden antikapitalistischen Phraseologien innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung auszumerzen seien. Weiter wurde berichtet, daß Hitler sich bereit erklärt habe, dieser Aufforderung nachzukommen, da er sich dadurch eine noch bessere finanzielle Unterstützung der nationalsozialistischen Bewegung durch diese beiden bedeutenden Geldfaktoren versprach. Die Meldungen waren etwas unbestimmt gehalten.

Nunmehr veröffentlicht der „Völkische Beobachter" vom 27. August selbst einen Brief, den **Kirdorf an Hitler** geschrieben hat, **aus dem die sehr enge Verbindung Hitlers mit diesem hohe interessten Vertreter der niederrheinischen Schwerindustrie hervorgeht.** Der Brief selbst enthält zwar keine Anweisungen zum politischen Verhalten der Nationalsozialistischen Partei — solche Briefe zu veröffentlichen wird sich der „Völkische Beobachter" hüten — aber er zeigt doch in so eindeutiger Weise die engste Verbindung zwischen Kirdorf und der NSDAP. auf, daß nunmehr nach Veröffentlichung dieses Briefes kein Zweifel mehr möglich ist, daß Kirdorf zu den Finanziers Hitlers gehört.

Nachdem Kirdorf in seinem Brief der „Rührung" über den Aufmarsch Ausdruck gegeben hat, schildert er wörtlich:

„Da ist es mir, der ob des Vorkommens unserer Massen und des Versagens der bürgerlichen Kreise an der Zukunft des Deutschen verzweifle, die Erkenntnis aufgegangen, warum Sie unentwegt an der Erfüllung Ihrer sich gestellten Aufgabe glauben, und vertrauen und Ihren Weg, möge er auch noch so viel Opfer von Ihnen und Ihren Anhängern erfordern, zielbewußt weitergehen."

Der Brief schließt mit den Worten:

„Mit treudeutschem Gruß von meiner Frau und mir, in Freundschaft Ihr Kirdorf."

Um die Bedeutung dieses Briefes voll zu verstehen, muß man zwei Tatsachen berücksichtigen: **Kirdorf gehört zu der alten Garde der Schwerindustrie,** die nicht nur die stärkste wirtschaftliche Macht besitzt, sondern auch in ihrer sozialreaktionären Einstellung am unbeugsamsten und konsequentesten ist. **Kirdorf ist als einer der schärfsten Gegner des Achtstundentages und aller sozialen Leistungen des Staates an die Werktätigen bekannt.** Er möchte lieber heute als morgen alle „sozialen Leistungen" des Staates, und wenn sie noch so erbärmlich sind, abbauen, um der Arbeiterschaft gegenüber voll und ganz den Standpunkt des „Herrn im Hause" herauszukehren. **Darüber hinaus ist Kirdorf derjenige gewesen, der schon im Jahre 1923 einer der tätigsten Förderer der faschistischen Bewegung und des Werkfaschismus gewesen ist und nachweislich die faschistische Bewegung mit seinen Geldern gespeist hat.**

So erhellt das Schreiben Kirdorfs an Hitler erneut die enge Verbindung zwischen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und dem extremsten Flügel der Schwerindustrie.

Noch 2 Tote

Köln, 27. August (Eig. Bericht). Die Untersuchung der Reichsbahnkommission über die Eisenbahnkatastrophe von Buir hat ergeben, daß der zuerst verdächtigte Lokomotivführer an dem grauenhaften Unglück völlig unschuldig ist. Durch ein Versehen hat der Fahrdienstleiter des Bahnhofs Düren dem Lokomotivführer einen falschen Befehl ausgehändigt. So geschah es, daß der Lokomotivführer mit der üblichen Geschwindigkeit über die im Bau befindliche Strecke fuhr. Von den Schwerverletzten sind zwei ihren Verwundungen erlegen.

Die von dem Unglück gleichfalls betroffenen roten Pariser Arbeitersportler haben ihre Reise inzwischen fortgesetzt. Wie wir jetzt erfahren, ist der eine der Pariser Arbeitersportgenossen **zwar schwer verletzt, aber nicht, wie infolge der allgemeinen Verwirrung von seinen Genossen zuerst angenommen wurde, getötet worden.**